

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ercheint die auf weiteren nur Montags, Dienstags u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis der Zeitung monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Abnehmer seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 2 M. für die 6spaltige Hauptzeile über deren Raum, Anzeigen, die 2spaltige Hauptzeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Platzanweisungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Hauptzeile 2 M. Nachweisungs-Geld für die Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kostens gerät.

Ercheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 246

Dienstag / Mittwoch 7. / 8. November 1922.

Amtlicher Teil.

Das Oberversicherungsamt Dresden hat für den Bezirk des unterzeichneten Versicherungsamtes

a) auf Grund der §§ 936 und 936a der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Artikel VII und VIII des Reichsgesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 11. April 1921 den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für die Zeit vom 1. Januar 1923 an folgendermaßen neu festgelegt:

130000 M. für männliche	} Versicherte über 21 Jahre,
90000 M. für weibliche	
100000 M. für männliche	} Versicherte von 16 bis 21 Jahren,
75000 M. für weibliche	
70000 M. für männliche	} junge Leute von 14 bis 16 Jahren,
60000 M. für weibliche	
30000 M. für Kinder beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren.	

b) auf Grund von § 151 Absatz 1 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung die Ortslöhne für die Zeit vom 1. Januar 1923 an folgendermaßen neu festgelegt:

Ortsklasse	Versicherte über 21 Jahre		Versicherte von 16 bis 21 Jahren		junge Leute von 14 bis 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
2	620	390	430	300	260	180	80	80

Wilsdruff, am 3. November 1922.

Das Versicherungsamt beim Stadtrate zu Wilsdruff.

Kraftstrom-Entnahme.

Um die in den Abendstunden eintretende Spitzenbelastung des Elektrizitätswerks herabzudrücken, wird bestimmt, daß Kraftstrom während der Monate

November und Februar nur bis nachmittags 5 Uhr
Dezember und Januar nur bis nachmittags 4 Uhr
entnommen werden darf. Die Kraftstromabnehmer haben diese Zeiten streng innezuhalten. Bei Zuwiderhandlungen wird Stromentziehung erfolgen.

Wilsdruff, am 3. November 1922.

Der Stadtrat.

Helft alle mit, der Not entgegenzutreten!

Mit Schrecken müssen wir erkennen, wie der Kreis derer, die durch die rasende Schnelle und Höhe der um sich greifenden Teuerungswelle in Not und Elend stürzen mußten, immer größer wird. Auch in unserem Städtchen beginnt die Gefahr der Not an die Türen zu pochen. Vor allem betrifft es die alleinstehenden alten Leute, die Familien von Hinterbliebenen und kinderreiche Familien. Wenn auch die städtischen Kollegien weitestgehende Maßnahmen getroffen haben, um der Not entgegenzutreten, so schreitet leider der immer sich noch steigende allgemeine wirtschaftliche Notstand über die vorhandenen Verfassnisse. Darum haben sich die hiesigen Vertreter behördlicher und freiwilliger Wohlfahrtsvereinigungen zusammengeschlossen und richten an alle, die mithelfen können, die herzlichste Bitte: „Helft mit, der Not entgegenzutreten, jetzt ist die Zeit, wo man nicht mehr vom Ueberfluß gibt, sondern vom Besitz teilt mit denen, die darben müssen.“

Schon haben sich mildtätige Personen bereit erklärt und bedürftige Kinder und alleinstehende alte Leute zum täglichen Mittagstisch herangezogen. Anmeldungen diesbezüglich nimmt das Wohlfahrtsamt im städtischen Verwaltungsgebäude entgegen. Es wird auch innigst gebeten, die Sammler, die in diesem Sinne jetzt die Häuser besuchen, weitgehendst zu unterstützen.

Spenden jeder Art: in Geld, in Nahrungs- und Lebensmitteln, in gebrauchten Kleidungsstücken und Schuhwerk, nehmen jederzeit das Wohlfahrtsamt sowie der Frauenverein (Frau Oberlehrer Kühne), und der Frachtverein (Herr Lackiermeister Runge) entgegen.

Wilsdruff, am 1. November 1922.

Der Stadtrat. — Wohlfahrtsamt.

Bürgermeister Dr. Kronfeld.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung überreichte den Vertretern der Reparationskommission zwei Denkschriften über das Währungsproblem und die schwebende Schuld.

* Der Reichstagsrat trat in einer Unterredung der unbegründeten Panikstimmung in Deutschland entgegen.

* Im Besetzungsgesetz, den Minister Hermes gegen den früheren Redakteur der Freiheit Senefel angestrengt hatte, lautete das Urteil auf 10000 Mark Geldstrafe.

* Der Beginn der Konferenz von Lausanne soll mit Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse in Italien auf den 20. November verschoben werden.

* Rußland erließ eine feierliche Proklamation an das italienische Volk, worin er verspricht, den inneren Frieden zu sichern und das Ansehen der Nation nach außen zu erhöhen.

* Die türkische Nationalversammlung beschloß ein neues Staatsgesetz, welches die Türkei in ein Wahlstaat umwandelt.

„Deutschland ist nicht bankrott.“

Man kann wirklich nicht behaupten, daß von oben herab alles geschieht, um auf die Stimmung des deutschen Volkes leitend und führend einzuwirken. Gewiß, man hat in Berlin wahrlich jetzt alle Hände voll zu tun, und überflüssige Beamte, Leute, denen es an ausreichender Beschäftigung fehlt, wird es unter den heutigen Verhältnissen in den Berliner Regierungskreisen schwerlich noch geben. Daß aber schlichtweg jeder Versuch unterbleibt, dem fürchterlichen Niedergedrücksein in Stadt und Land mit wirklich einschneidenden und deshalb jugkräftigen Gründen entgegenzuwirken, ist doch wohl mehr, als sich in unserer gegenwärtigen Lage verantworten läßt. Wir wissen von den in Berlin weilenden Mitgliedern der fremden Missionen, daß sie geradezu erschüttert sind über den Grad von Hoffnungslosigkeit, den sie so ziemlich in allen Schichten des deutschen Volkes angetroffen haben. Sie selber freilich wären die letzten, uns zu irgendwelcher freundlicheren Auffassung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches zu ermutigen. Aber wenn sie darauf hinweisen, daß jeder Wille zur Hilfsbereitschaft erlahmen müsse bei so trostloser Haltung des eigenen Volkes, so ist eine zureichende Erwiderung darauf kaum zu finden.

Aber Wien freilich läßt sich jetzt wieder einmal, mit der Absicht der Beruhigung, die Stimme unseres Reichstags raten vernahmen. „Es herrscht Panik in Deutschland“, so äußert er sich einem österreichischen Berichterstatter gegenüber, „eine Panik, die durch die wirtschaftliche Lage Deutschlands in keiner Weise gerechtfertigt ist, die aber dadurch hervorgerufen worden ist, daß die Verantwortlichen auf der Gegenseite, welche Entschlüsse fassen müßten, sich bei diesen Entschlüssen, zu den Leuten, die die verständnisvolle Entwicklung schon längst erfordert hätte, nicht haben austreten können. Das Resultat dieser Entwicklung

ist, daß Deutschland nicht etwa bankrott ist — es ist purer Unsinn, so etwas anzunehmen, sondern daß es zu Reparationen unfähig geworden ist. Deutschland hat auch jetzt noch den christlichen Willen, sich zu verständigen. Ob es aber später überhaupt noch etwas leisten können, hängt davon ab, ob es möglich sein wird, das Zerabstinken der deutschen Währung zu bremsen. Denn das kann nicht eindrucklich genug gesagt werden: Reparationsleistungen und sinkende Saluta sind nicht zu vereinen.“

Sehr gut und sehr schön. Aber abgesehen davon, daß es sich hier anscheinend um eine mehr zufällig hervorgerufene Äußerung des Reichstags raten handelt, so ist nicht recht zu verstehen, warum Bemerkungen dieser Art in einem auswärtigen Blatt veröffentlicht werden, während sie doch in erster und entscheidender Reihe für das Inland bestimmt sind. Jeder Gang in die Geschäfte, jede Fahrt durch die Straßen der Städte kann davon überzeugen, wie weit es schon mit der Panikstimmung in Deutschland gekommen ist. Jeder Mann und jede Frau kaufen, was ihnen irgendwie an sogenannten Wertgegenständen erreichbar ist, ohne Rücksicht darauf, ob und wann sie von ihnen jemals wieder Gebrauch machen können. Ohne Rücksicht auch auf den Preis, der ihnen abgefordert wird, und ohne zu überlegen, ob sie das Geld, das sie heute in dieser Weise „anlegen“, nicht morgen oder übermorgen schon für wirklich Bedarfs- und Gebrauchsartikel ungleich dringender benötigen werden. Wie oft haben wir nicht schon mit dem Sinken der Kaufkraft des großen Publikums gerechnet, und wir oft sind diese Erwartungen und Befürchtungen durch die tatsächlichen Lagen gestraft worden. Auch jetzt noch hält die unheimliche Vermehrung des Papiergeldes dem Wertverlust mit dem Sinken der Preise immer noch stand, und es scheint fast, als ob, solange die Geldmassen sich immer wieder neu füllen lassen, die Kaufkraft der Bevölkerung nicht mehr zu sinken ist. Gerade weil die Wertzeichen, die ihr in die Hand gegeben werden, immer fragwürdiger werden, in je größeren Mengen die Druckereien sie herstellen, glauben die Empfänger, sich ihrer um so rascher wieder entledigen zu müssen, und so sehen wir uns in einen Kreislauf von geradezu grotesker Wildheit eingesperrt.

Die Herren Barthou und Bradburh können sich jetzt aus eigener Anschauung von diesem mitteilswürdigen Tatbestand überzeugen. Ob sie aber daraus die richtigen Folgerungen ziehen werden? Die deutsche Regierung, Herr Wirth und Herr Hermes an der Spitze, zeigt sich auf das angestrengteste bemüht, ihnen klarzumachen, wie und warum es so ist, und was allein dieser Panik fernern kann, die man mit Recht als eine vollkommen zwangsläufige bezeichnet hat. In Paris aber jammert man heute wie ehedem über den „schlechten Willen“ Deutschlands und weiß sich und uns keinen anderen Rat als die Anwendung neuen und veränderten Zwanges.

Zwei deutsche Denkschriften.

Währungsfrage und schwebende Schuld.

Der Reichsfinanzminister Hermes hat den Delegierten der Reparationskommission am Freitag zwei Denkschriften überreicht, in denen er zwar noch nicht das erwartete „Programm“ der Regierung, also noch keine positiven Vorschläge zur Sanierung der Mark behandelt, wohl aber eine eingehende Übersicht über die gegenwärtige Finanzlage und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten (bzw. Unmöglichkeiten) weiterer Schritte gibt. Die Denkschriften selbst werden geheimgehalten und sollen durch weiteres Material dieser Tage ergänzt werden. Wie nicht-amtlich bekannt wird, ist der Hauptgedanke, von dem die Regierung bei der Beurteilung der jetzigen Situation ausgeht, der, daß

mir eine äußere Anleihe

helfen kann, um den weiteren Verfall der Mark aufzuhalten. Die Regierung ist sich völlig klar darüber, daß es sich auch dabei nur um einen vorläufigen Ausweg handeln kann, der aber wünschenswert erscheint, weil die Delegation der Entente in Berlin zu weitergehenden Entschlüssen nicht ermächtigt ist. Eine wirklich endgültige und erträgliche Regelung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage muß als die wichtigste Voraussetzung einer Markstabilisierung angesehen werden, und so lange sie nicht erfolgt ist, kann keine Sicherheit dafür übernommen werden, daß eine Stabilisation von einem wirklichen Erfolg begleitet ist. Darauf aber glaubt man im Augenblick nicht warten zu können, hebt aber andererseits hervor, daß alle sonstigen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark zwecklos erscheinen und daß ein

Ausgleich des deutschen Budgets

nicht eher möglich ist, als bis die Mark unter der oben erwähnten Voraussetzung besichtigt werden kann. Als weitere Bedingungen für das Gelingen des Anleiheplanes wird angeführt, daß natürlich während der Laufzeit dieser Anleihe keine Reparationszahlungen von uns verlangt werden dürfen und daß das Anleihegeld auch nicht zu Sachlieferungen verwendet werden darf.

Nach französischen Blättern enthält die Denkschrift u. a. die Feststellungen, daß eine Anleihe zur Stabilisierung der Mark und zur Ordnung des Budgets höher sein müsse als 500 Millionen Goldmark; daß die Reichsregierung geneigt sei, einen Teil der Reichsbankreserve zur Rücklage bei der Stabilisierung zu verwenden, falls eine äußere Anleihe ermöglicht werde, daß die Kosten der Sachlieferungen durch innere Anleihe aufzubringen wären und daß schließlich eine Finanzkontrolle der deutschen Wirtschaft und damit den Forderungen der Verbündeten nur noch mehr Abbruch tun würde.

Die Reparationskommission wird nun über diese Denkschriften beraten, dann werden die gemeinsamen Besprechungen fortgesetzt, in denen dann wohl auch auf Grund der Verhandlungen bestimmte deutsche Vorschläge